

# Donau-Post

Regensburger Zeitung · Wörther-Falkensteiner Zeitung

Nummer 87

Zeno, Julius, Konstantin – Freitag, 12. April 2019 – Petrus Waldus

1,50 € / B 2458 A

## LOKALES

Die Zahl der Einbrüche im Regensburger Land ist spürbar gesunken 16

## REGIONALES

„Das tut schon weh“: Norbert Hartl spricht über Parteipendenprozess 10

## DIE SEITE DREI

Allianz-Studie warnt vor steigenden Unfallzahlen durch E-Scooter

## WIRTSCHAFT

Amazon lässt private Gespräche über Alexa mithören und abtippen 7

## SPORT

Champions League: Hymnen für Ronaldo, Sorgen um Messi 35

## Brexit-Streit geht nach Einigung auf Verschiebung weiter

EU verlängert Frist bis zum 31. Oktober – May kann vorerst nicht auf Kompromiss mit Opposition hoffen

Brüssel/London. (dpa) Nach der Einigung des EU-Sondergipfels auf eine Brexit-Verschiebung geht der politische Streit um den EU-Austritt Großbritanniens unverändert heftig weiter. Die britische Premierministerin Theresa May sagte am Donnerstag im Parlament in London weitere Gespräche mit der Opposition zu. Doch Labour-Chef Jeremy Corbyn zeigte sich wenig kompromissbereit. Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten sich am frühen Donnerstagmorgen auf eine Verschiebung des Brexits auf 31. Oktober geeinigt.

Der Kompromiss sieht vor, dass der EU-Austritt nun bis zu diesem Datum geordnet über die Bühne gehen soll. May will den Brexit sogar noch vor dem 22. Mai abschließen, damit ihr Land nicht an der Europawahl teilnehmen muss. Dafür fehlt ihr jedoch im Parlament in London die Mehrheit.

Sie wolle den EU-Austritt umsetzen, für den die Briten vor fast drei Jahren bei einem Referendum gestimmt hätten, sagte May im Unterhaus. Forderungen nach einer zweiten Volksabstimmung erteilte sie eine Absage. Labour-Chef Corbyn übte scharfe Kritik an der Regierungschefin. Er nannte die erneute Brexit-Verschiebung einen „diplomatischen Fehler“. Sie sei ein „Meilenstein des falschen Handelns der Regierung im ganzen Brexit-Prozess“, so Corbyn.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) begrüßte hingegen die Einigung in Brüssel, mit der der be-

fürchtete Chaos-Brexit noch einmal abgewendet wurde. Es sei „ein sehr intensiver, sehr guter Abend“ gewesen, der die Einigkeit der EU gezeigt habe, betonte Merkel.

Über die Länge des Aufschubs war auf dem Gipfel heftig gestritten worden. Der französische Präsident Emmanuel Macron wandte sich gegen den Wunsch Merkels und anderer Länder, Großbritannien deutlich länger Zeit zu geben.

May steckt in der Klemme, weil das britische Parlament den mit der EU ausgehandelten Austrittsvertrag bereits drei Mal abgelehnt hat. Die Vermittlungsgespräche mit Corbyn gingen am Donnerstag weiter. Er will eine weichere Form des Brexits mit Zollunion und engerer Anbindung an die EU. Das lehnen Hardliner in Mays konservativer Partei ab. Der frühere Brexit-Minister David Davis sagte May eine nur noch kurze Amtszeit voraus. „Der Druck auf sie wird nun dramatisch wachsen“, sagte Davis dem Sender BBC. Davis war aus Protest gegen Mays Kurs beim EU-Austritt von seinem Amt zurückgetreten.

Nach dem EU-Sondergipfel wurden auch die Rufe nach einem zweiten Referendum in Großbritannien wieder laut. „Eine flexible Verlängerung bis zum 31. Oktober ist lang genug, um eine Volksabstimmung abzuhalten“, sagte der Sprecher der britischen Liberaldemokraten, Tom Brake. Ähnlich äußerte sich die neue „Unabhängige Gruppe“ aus ehemaligen Labour- und Tory-Abgeordneten im Unterhaus.

► Seite 5/Kommentar Seite 2



NACH FAST SIEBEN JAHREN ASYL in der Botschaft Ecuadors in London haben britische Polizisten den Wikileaks-Gründer Julian Assange festgenommen. Die USA fordern nun seine Auslieferung. Die amerikanische Justiz wirft Assange Verschwörung mit der Whistleblowerin Chelsea Manning vor. Foto: imago images/ZUMA Press

► Seite 2

## Hans Biederer geht ins Rennen

Der Polizist will 2020 Bürgermeister der Gemeinde Pfatter werden

Pfatter. (bin) Paukenschlag in Pfatter: Hans Biederer bewirbt sich um den Bürgermeisterposten. Der parteilose Kandidat geht für die Freie Wählergemeinschaft ins Rennen. „Diese weitreichende Entscheidung habe ich wohlüberlegt zusammen mit meiner Frau Renate getroffen“, sagt Biederer im Gespräch mit der Donau-Post. „Ich traue es mir absolut zu, die Aufgaben in der Gemeinde zu stemmen – als Bürgermeister für alle Bürger.“

Biederer ist 57 Jahre alt und stammt aus dem Ortsteil Gmünd. Seit seiner Heirat vor 30 Jahren lebt er in Pfatter. Er ist Polizeihauptkommissar bei der Polizeiinspektion Neutraubling und dort Erstverantwortlicher für sämtliche Verkehrsangelegenheiten im Landkreis sowie zusammen mit dem Leiter der Straßenverkehrsbehörde im Landratsamt als Verkehrssicherheitsbeauftragter zuständig für die Schulsicherheit im Regensburger Land.



Hans Biederer will bei der Kommunalwahl 2020 als Bürgermeisterkandidat antreten. Damit hat in Pfatter kaum jemand gerechnet. Foto: privat

In seinem Heimatort war und ist er vielseitig engagiert: Biederer war ein Gründungsmitglied des Jugendtreffs in Gmünd, er spielte für den SV Fußball, war Atemschutzträger

bei der Feuerwehr und Vorsitzender der Anglerfreunde. Er ist außerdem im Männergesangsverein aktiv und schreibt für eine Regensburger Zeitung über das lokale Geschehen.

## WETTER

Heute



8 | 1

Morgen



8 | 1

Ausführliches Wetter ► Seite 12

Rätsel ► Seite 8

TV-Programm ► Seite 42

Kindernachrichten ► Seite 34

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 09482/940 710

50515

4 190652 701502

Vertriebsservice • 09421/940 6400

## Militär übernimmt Macht im Sudan

Streitkräfte setzen Präsident Al-Baschir ab und bilden Übergangsregierung

Khartum. (dpa) Nach fast 30 Jahren an der Macht hat das Militär im Sudan Präsident Omar al-Baschir abgesetzt. Für zwei Jahre werde es zunächst eine von den Streitkräften geführte Übergangsregierung geben, sagte der bisherige Verteidigungsminister Awad Ibn Auf in einer Fernsehansprache am Donnerstag. Damit solle der Weg für Wahlen bereit und sichergestellt werden, „dass die Menschen im Sudan in Würde leben können“, sagte er einer englischen Übersetzung zufolge. Al-Baschir sei festgenommen worden. Er befinde sich an einem „sicheren Ort“, erklärte er. Ibn Auf wird die neue Militärregierung anführen.

Für drei Monate gelte zunächst der Ausnahmezustand und für einen Monat eine nächtliche Aus-

gangssperre von 22 Uhr bis 4 Uhr morgens, erklärte der Minister weiter. Der sudanesischer Luftraum sei für 24 Stunden geschlossen. Alle politischen Gefangenen würden freigelassen. Zudem erklärte er eine Waffenruhe im ganzen Land – dies würde wohl auch die Unruheregion Darfur einschließen.

Die Anführer der Massenproteste, die Al-Baschirs Herrschaft ins Wanken gebracht hatten, verurteilten den Putsch der Streitkräfte jedoch und forderten eine zivile Übergangsregierung. Die Sitzblockade vor der Zentrale der Streitkräfte in der Hauptstadt Khartum und Proteste in den Straßen sollten weitergehen, forderte die Opposition in einer gemeinsamen Mitteilung auf Facebook. Es regierten weiter die

gleichen Gesichter, hieß es in der Mitteilung von Oppositionsparteien und der SPA, einer gewerkschaftsähnlichen Interessenvertretung. Die Proteste würden fortgesetzt, bis „eine zivile Übergangsregierung die Macht übernehme, die den Willen der Revolution“ vertrete.

In den Straßen Khartums herrschte am Donnerstagmorgen zunächst freudige Stimmung über den sich abzeichnenden Wechsel. Nach der Ankündigung der Militärregierung zeigten sich manche Demonstranten jedoch enttäuscht. Einige sagten einem Reporter der Deutschen Presse-Agentur, sie würden ihren Protest fortsetzen. Es blieb zunächst unklar, ob die Führung der Streitkräfte weitere Demonstrationen zulassen würde.

## Viehtransporte: CSU sieht Bund in der Pflicht

Landshut/München. (bay) Der Unterausschuss des Landtags hat einen Antrag auf strengere Kontrollen bei Tiertransporten abgelehnt. Den Antrag vom Donnerstag hatte die SPD eingereicht und höhere EU-weite Tierschutzstandards, eine maximale Transportdauer von acht Stunden und intensivere Kontrollen entlang der Routen gefordert. Außerdem forderte die SPD mehr Personal für die Veterinärämter.

Im März hatte das Umweltministerium ein Export-Verbot für 17 Nicht-EU-Staaten verhängt, weil dort Tierschutzrichtlinien nicht eingehalten werden sollen. Weil Landräte nun vermuteten, dass diese Verbote durch Zwischenstopps in Osteuropa umgangen werden, kochte das Thema erneut hoch. CSU und Freie Wähler sehen die Verantwortung aber beim Bund. ► Seite 12